

Sjuganows 'Konzeption der nationalen Sicherheit'

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knabe, B. (1996). *Sjuganows 'Konzeption der nationalen Sicherheit'*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 32/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46285>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Sjuganows "Konzeption der nationalen Sicherheit"

Zusammenfassung

Die vorgestellte "Konzeption" steht in der Tradition des Denkens Sjuganows während der letzten fünf Jahre. Ihre Kenntnis ist auch deshalb wichtig, weil die "Politik der nationalen Sicherheit" der Jelzin-Gruppe in vielen Punkten mit ihr übereinstimmt. Dies trifft insbesondere auf die zu erwartende Politik gegenüber den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie auf die Hauptrichtungen der Außen- und Sicherheitspolitik zu. In der Innen- und Wirtschaftspolitik ist ein stärkerer Rückgriff auf traditionelle Methoden zu erwarten, wobei die "Mitbestimmung" des Volkes in vielen Bereichen eine entscheidende Rolle spielen soll. Die Orientierung auf eine "nachhaltige Entwicklung" macht die KPRF zu einem Partner für Vertreter entsprechender Konzeptionen.

Entstehung und Bedeutung des Dokuments

Vermutlich 1994 hat der Zentralrat der Gesamtrussischen gesellschaftspolitischen Bewegung "Geistiges Erbe" eine Gruppe von Wissenschaftlern und Politikern beauftragt, eine "Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation für den Zeitraum 1996 bis 2000" zu erarbeiten. Als verantwortliche Redakteure der publizierten Fassung dieser "Konzeption", die zur Jahreswende 1995/96 als Sonderheft der Zeitschrift "Obosrewatel" erschienen ist, werden neben G. Sjuganow der Vorsitzende des Zentralrates der Bewegung "Geistiges Erbe", A. Podberjoskin, sowie W. Iwanow und I. Ljutow aufgeführt. Dieses strategische Konzept liegt auch der "provisorischen Wahlplattform" Sjuganows zugrunde, die von der Zeitschrift "Kommunist" Anfang Mai 1996 veröffentlicht worden ist. Die "Plattform" wird als Opus und Credo Sjuganows präsentiert; er habe die letzten Jahre damit verbracht, "alle volks-patriotischen Kräfte in einem mächtigen Bündnis" zu sammeln. Auf den Begriff "Sozialismus" wird in der Plattform konsequent verzichtet - lediglich der "kommunistischen Idee" wird bescheinigt, bereits über 2000 Jahre (sic!) alt zu sein.¹ Die "Konzeption" verdient

¹ Obozrevatel', special'nyj vypusk. Koncepcija nacional'noj bezopasnosti, Moskva 1995, S. 5-67. Predvybornaja platforma, in: Kommunist, Nr. 2, 1996, S. 3-11. In seiner Eigenschaft als führender Vertreter der 1990/91 entstandenen Russischen KP erklärte Sjuganow im Frühjahr 1991, die Partei habe "ihre besten Kräfte" mit der Aufgabe betraut, die programmatischen Ziele der Partei zu erneuern und sie "mit den realen Gegebenheiten von heute" zu verbinden, Komsomol'skaja pravda, 29.3.1991. In der Zeitschrift "Obozrevatel'" hat sich Sjuganow zum gleichen Zeitpunkt persönlich zum Thema "Rußland und die Welt von heute" geäußert. Diese Arbeit ist bereits von M. Smith, Mitarbeiter des britischen Verteidigungsministeriums, analysiert worden ("The Geopolitics of Gennady Zyuganov" - auf diese über Internet erhältliche Analyse bin ich von K. Fritsche hingewiesen worden).

Aufmerksamkeit, da ihr Inhalt Aufschlüsse über wesentliche Aspekte der Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik einer möglicherweise ab Sommer 1996 zu erwartenden kommunistischen Führung Rußlands ermöglicht. Dabei wird es freilich weniger um eine Politik der KPRF, als vielmehr um eine gemeinsame Linie des "national-patriotischen Blocks" gehen, der auch formal Sjuganow als Präsidentschaftskandidat vorgeschlagen hat. Es ist damit auch offenkundig, daß sich die Hauptrichtungen der Politik eines möglicherweise erforderlich werdenden Vertreters von Sjuganow nicht wesentlich von der im folgenden skizzierten "Konzeption der nationalen Sicherheit" unterscheiden würden.

Die Kenntnis der "Konzeption" ist auch deshalb wichtig, weil seit 1993 wiederholt deutlich geworden ist, daß Präsident Jelzin - wohl primär im Interesse der Sicherung seiner Machtposition - relativ bedenkenlos Konzeptionen und Parolen seiner politischen Gegner übernimmt. Traf dies ab Ende 1993 vor allem auf die "nationale Karte" zu, mit der W. Schirinowski und seine Partei einen eindeutigen Wahlerfolg erzielt hatten, so waren es ab Mitte 1995, verstärkt nach der Duma-Wahl vom Dezember, sozialpolitische Forderungen der KPRF. Die Ende April 1996 vorgestellte "Politik der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation im Zeitraum 1996 bis 2000" enthält ebenfalls mehrere Passagen, die zumindest stark an die "Konzeption" Sjuganows angelehnt sind.² Schließlich könnte der Appell der "Gruppe der 13" vom 26. April 1996 der Versuch gewesen sein, einen Burgfrieden zwischen Jelzin und Sjuganow zu vermitteln. Auch in diesem Fall wäre davon auszugehen gewesen, daß wesentliche Programmpunkte der "Konzeption" Bestandteile zumindest der kurz- und mittelfristigen Politik der Jelzin-Führung geworden wären.

Die Verfasser der "Konzeption" stellen klar, daß von einem Monopol der KP auf Erarbeitung und Realisierung eines Programms zur Herausführung Rußlands aus der von ihnen diagnostizierten Krise nicht die Rede sein kann, vielmehr verlangten die allgemeinen nationalen Interessen eine solche "Konzeption", denn: "Nur gemeinsam ist die Krise zu überwinden". Die vorgelegte Ausarbeitung stellen sie als Diskussionsgrundlage vor - eine verbindliche Fassung solle unter Leitung des Föderationsrates bis Ende 1995 erarbeitet werden. In Zukunft solle der Präsident bei seiner jährlichen Botschaft an die Föderalversammlung regelmäßig über den Stand der Erfüllung konkreter Zielvorstellungen der "Konzeption" berichten.

Kernaussagen der "Konzeption"

Nach der "Konzeption" hat die Krise der politischen Macht einen "permanenten Charakter" angenommen und es fehlt an "ausreichender Selbständigkeit bei wichtigsten Entscheidungen". Konstatiert wird das Fehlen eines "zentralen Leitungs- und Kontrollorgans"; ein solches zu schaffendes Organ müsse künftig gewährleisten, daß sich alle "Strukturen" und Behörden des Landes primär an den nationalen Interessen Rußlands zu orientieren hätten. In Kapitel I werden die gegenwärtig anzutreffenden "ökonomischen Grundlagen" und die innenpolitischen Verhältnisse allgemein geschildert. Dabei geht es um negative Entwicklungen auf sozialpolitischem sowie auf demographischem Gebiet, die mit dem bisher verfolgten Reformkurs in Zusammenhang gebracht werden. Der Budgetentwurf für 1995 war für sie die "vorprogrammierte Umwandlung des Landes in ein koloniales Rohstoffanhängsel" der Welt. Die Mechanismen zur Bereicherung einer kleinen Clique von "Neuen Russen" - im Zuge von Rohstoffexporten und Privatisierungen - stehen für die Verfasser "unter der totalen Kontrolle des organisierten Verbrechens": kriminelle Gruppen kontrollierten bis zu 85% der Handels- und Bankenstrukturen. "Heute berührt das organisierte Verbrechen

² Pjatiletnij plan dlja molodogo naroda. Interview mit Ju. Baturin, Sicherheitsberater Präsident Jelzins, in: Kommersant, Nr. 14, 23.4.1996, S. 16f. Die "Konzeption" der Jelzin-Führung ist beispielsweise vom stellvertretenden Außenminister Ju. Dubinin öffentlich sehr positiv bewertet worden, Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland des BPA, 2.5.1996, S. 24. Vermutlich einer der geistigen Väter dieser "Konzeption", offiziell aber nur einer von "mehreren hundert Mitverfassern", ist Sergej Kortunow. Seine Ausführungen "Rußland braucht nichts zu bereuen", voll von Verdächtigungen über außenpolitische Ziele beispielsweise der USA und Deutschlands, sind als definitive Absage an jegliche Westorientierung sowie an traditionelle Muster internationaler Interessenabstimmung zu interpretieren, Nezavisimaja gazeta, 31.1. 1996.

unmittelbar die Sicherheit der Gesellschaft als solcher und des Staates. Nachdem sie in alle Strukturen der Volksvertretung, der Exekutive und der Judikativen eingedrungen ist, erhebt sie direkte Ansprüche auf die Staatsmacht". Ohne ausreichende "soziale Sicherheit" der Bürger könne von einer soliden Basis der nationalen Sicherheit des Landes nicht die Rede sein. Das langjährige - und ergebnislos gebliebene - Hoffen auf westliche Hilfe zur Überwindung der Krise habe sich auf die nationalen Interessen nachteilig ausgewirkt.

Unerlässlich sei eine Verbesserung der Beziehungen zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, wobei es einmal um den Schutz der Russen und Russophonen, zum anderen um das Vorankommen der ökonomischen und militärischen Integration gehen müsse. Rüstungs- und Militärpolitik des Landes hätten neben seiner Sicherheit vor allem das Voranbringen entsprechender politischer Ziele zu gewährleisten. Aus geopolitischen und zivilisationsgeschichtlichen Überlegungen müßten sich die meisten der Nachfolgestaaten ohnehin eine "besondere Mission" der eurasischen Kultur Rußlands als Ausweg aus der globalen Krise als Orientierungspunkt zu eigen machen. Im Abschnitt "Nationalstaatliche Interessen" werden auf zwei Seiten kurz-, mittel- und langfristige "Interessen Rußlands in der politischen Sphäre" skizziert, die mit den politischen Zielen der Jelzin-Führung weitgehend deckungsgleich sind. Zwischen diesen "Interessen" und anderen Passagen der "Konzeption", insbesondere auch den abschließenden konkreten "Vorschlägen", gibt es keine Deckung. Dies ermöglicht Vertretern der KPRF oder auch einer künftigen kommunistischen Führung des Landes, je nach Bedarf auf unterschiedliche Passagen der "Konzeption" zu verweisen oder widersprüchliche Aussagen dialektisch zu einer qualitativ neuen Aussage zu transformieren.

Denkbare Maßnahmen in der Innenpolitik

Die umfangreichen Änderungen in der Innen- und Wirtschaftspolitik, die von der KPRF geplant sind, machen die Verabschiedung einer neuen Verfassung erforderlich; für eine Übergangszeit werden offenbar zunächst einmal einschneidende Verfassungsänderungen ins Auge gefaßt. Im Mittelpunkt stehen in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines zentralen Leitungs- und Kontrollorgans, die Etablierung eines Verteidigungsrates und die Schaffung eines Systems für eine umfassende parlamentarische Kontrolle über die Streitkräfte sowie eine Regelung für das Krisenmanagement in Föderationssubjekten. Während die beiden zuerst aufgeführten "Neuerungen" an frühere sowjetische Vorbilder anknüpfen, sind die beiden anderen Vorhaben Novitäten für das sowjetisch-russische Verfassungsrecht. Durch Zuteilung und Kontrolle über die Verwendung von Budgetmitteln für die Streitkräfte soll das Parlament eine "Verselbständigung" der Streitkräfte, im extremen Fall eine Militärdiktatur ausschließen. Bemerkenswerterweise berufen sich die Verfasser auf das Kopenhagener Schlußdokument der OSZE, das eine parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte als eine wichtige Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung bezeichne. Wenn in einem Föderationssubjekt wesentliche Bestimmungen der Verfassung verletzt, "ungesetzliche bewaffnete Formationen" gebildet oder durch andere Maßnahmen die territoriale Integrität der Russischen Föderation verletzt wird, soll unverzüglich die Präsidialverwaltung in dem jeweiligen Föderationssubjekt eingeführt werden. Es müsse baldigst mit der Implementierung einer zeitgemäßen Regionalpolitik begonnen werden, um der Gefahr des "ökonomischen Separatismus" nachhaltig begegnen zu können. Sowohl in Rußland als auch in den GUS-Ländern sollten staatliche bzw. überregionale "Zentren für Konfliktologie und Sicherheit" eingerichtet werden, die ein effektives Frühwarnsystem ermöglichen sollten.

Wenn von Bemühungen um eine reale "Demokratisierung" der gesellschaftlichen Verhältnisse die Rede ist, so hat man - zumindest in verbaler Hinsicht - eine Mixtur von Elementen moderner Gesellschaftstheorien und bewährter sowjetischer Traditionen im Auge. Sollen nämlich auf der einen Seite Strömungen und Organisationen der "bürgerlichen Gesellschaft" gefördert werden, so steht dem die Forderung nach Belebung des Systems der "Volkskontrolle" zur Seite - wobei weder ihre frühere Abhängigkeit von Partei- und Gewerkschaftsorganen noch ihre unzureichende Effizienz erwähnt

werden. Die Passage soll den Eindruck erwecken, als solle die "Volkskontrolle" autonomen, gesunden Kräften des Volkes anvertraut werden.

Die für unabdingbar gehaltene "Strukturreform der Wirtschaft" setzt zunächst einmal bei einer prinzipiellen Absage an alle Versuche einer "Schocktherapie" und allgemein an den Konzepten des IMF an. Die Strukturreform müsse eine Annäherung an die Tendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Weltwirtschaft allgemein ermöglichen. Die künftige Agrarpolitik müsse gewährleisten, daß die Bevölkerung Rußlands mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln versorgt werden kann; eine entsprechende agrarpolitische Koordination mit anderen GUS-Ländern bzw. Kooperation mit früheren RGW-Ländern wird als wünschenswerte zusätzliche Komponente dargestellt. Es wird kein Zweifel daran gelassen, daß eine kommunistisch geführte Regierung zu Instrumenten der Devisenkontrolle sowie der Reglementierung von Export und Import zurückkehren wird. Alle diese Aktivitäten wie auch der Zufluß ausländischen Kapitals müssen im staatlichen Interesse sein - jegliche Einmischung in innere Angelegenheiten durch Kreditgeber soll ausgeschlossen werden. Unverzichtbar sei die Gewährleistung eines umfassenden Steuererfassungssystems; die Strafen für Steuerhinterziehung sollen deutlich verschärft werden.

Großen Raum nehmen in der "Konzeption" Ausführungen zum Thema "innere Sicherheit" ein. Detailiert werden die Schätzungen von Experten über den Umfang der kriminellen Einkünfte und der Korruption in allen Bereichen von Gesellschaft und Politik wiedergegeben. Die "Paten" selbst blieben im Hintergrund, schickten Strohmänner als Lobbyisten in Ämter und politische Parteien. Nur mit repressiven Methoden sei diesen Entwicklungen nicht mehr beizukommen. In der "Konzeption" werden über zehn Gesetzesentwürfe aufgezählt, die möglichst rasch verabschiedet und danach konsequent angewendet werden müßten. Dabei wird deutlich, daß die effiziente staatliche Aufsicht über das Finanzwesen, rigoros durchgesetzte Einkommenssteuererklärungen und die stärker überwachte Privatisierung als wesentliche Elemente dieses beabsichtigten Kampfes gegen das organisierte Verbrechen verstanden werden. Als Folge der behaupteten intensivierten westlichen Spionage gegen Rußland stelle sich das Problem der "Informationssicherheit" des Landes. Als probates Mittel wird die Einrichtung eines "Zentrums für Informationssicherheit" im Verteidigungsministerium vorgeschlagen.

Zu den potentiellen "geopolitischen Gefahren" für Rußland gehörten auch denkbare "demographische Aggressionen" der im Süden und Südosten angrenzenden Staaten; dieser Gefahr müsse durch eine staatliche geförderte "demographische Politik" begegnet werden. Dabei geht es den Verfassern weniger um Depopulationstendenzen allgemein, als um die zu erwartende Verkleinerung der Jugendkohorten in den nächsten Jahrzehnten, was sich auf das Arbeitskräfte- und Rekrutierungspotential sehr nachteilig auswirken werde. Das Hauptziel der Bevölkerungspolitik müsse die Gewährleistung eines "optimalen Niveaus der Anzahl und der Zusammensetzung der Bevölkerung in einer bestimmten historischen Periode" sein. Für Rußland sei ein Mechanismus erforderlich, mit dem eine "demographische Balance" zwischen verschiedenen Volksgruppen gewährleistet werden könnte. Dies sei besonders für die Landesteile wichtig, in denen es eine Tendenz zum Monoethnizismus gebe - daraus könne sich "die Gefahr des Separatismus auf nationaler Grundlage" ergeben. Die in anderen Ländern mit der Regulierung der Immigration gemachten Erfahrungen sollten genutzt und die bestehende Gesetzgebung entsprechend revidiert werden.

Denkbare Schritte in der Außen- und Sicherheitspolitik

Als "Voraussetzungen für die Gewährleistung der Sicherheit" Rußlands werden in der "Konzeption" 12 Punkte aufgeführt, die einen engen Zusammenhang zwischen Faktoren der inneren und äußeren Sicherheit herstellen. Eine bestimmte Hierarchie ist dabei nicht zu erkennen; die folgende Auflistung beschränkt sich auf die äußere Komponente und bemüht sich um Übersichtlichkeit. Wichtige "Voraussetzungen" sind demnach:

- eine umfassende Stärkung des Verteidigungspotentials Rußlands, auch zur "Verteidigung der eigenen Interessen" im System des "einheitlichen strategischen Raums auf dem postsowjetischen Territorium";
- die Erweiterung der Integrationsprozesse in allen Sphären staatlichen Wirkens "im Rahmen des postsowjetischen Territoriums";
- die Herstellung und Aufrechterhaltung normaler Beziehungen und der Partnerschaft mit allen Staaten "unter Berücksichtigung der prinzipiellen Interessen Rußlands";
- die Aufrechterhaltung allgemeiner Stabilität weltweit, die Verhinderung großer Kriege und lokaler bewaffneter Konflikte;
- die Entwicklung friedensschaffender Bemühungen Rußlands im Rahmen der UNO, der OSZE und anderer internationaler Organisationen sowie bei den Beziehungen zu Nachfolgestaaten der Sowjetunion zur Regulierung von Konflikten, die sonst in bewaffnete Auseinandersetzungen eskalieren könnten;
- die weitere Vertiefung des internationalen Prozesses der Reduzierung von Waffen und Streitkräften auf ein Niveau, das für die Gewährleistung der Verteidigung notwendig ist sowie die Einhaltung der internationalen Abrüstungsverpflichtungen, die Rußland eingegangen ist und die von den gesetzgebenden Organen ratifiziert worden sind;
- die Erhaltung der Umwelt als eine globale Aufgabe, die vereinte Anstrengungen aller Länder voraussetzt.

Auffällig viel Platz nehmen die Ausführungen zur dingend erforderlichen Militärreform ein - die Diskrepanzen zwischen der Verfassung, dem Verteidigungsgesetz und der Militärdoktrin müßten beseitigt und ein "Einheitliches System der höchsten Militärführung" etabliert werden. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen des Tschetschenienkriegs müßten qualitative Kriterien viel stärker in den Vordergrund gestellt und insbesondere die Kaderpolitik nach objektiveren Gesichtspunkten praktiziert werden.

Während zwischen den oben angeführten "Voraussetzungen" und der politischen Linie Präsident Jelzins und seiner Mannschaft kaum nennenswerte Unterschiede festzustellen sind, ergeben sich letztere mühelos aus anderen Passagen der "Konzeption". Im folgenden wird versucht, diese Unterschiede in vier thematischen Hauptfeldern zusammenzufassen:

- a) Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Feststellung, daß als "Grundlage der internationalen Beziehungen" gegenwärtig eine gewisse Machtbalance zwischen verschiedenen "Zentren" definiert wird, wobei der militärischen Komponente eine erhebliche Bedeutung zukommt. Auch wird erwähnt, daß die Kriegsführung in Zukunft möglicherweise mit völlig neuen Methoden und Waffen erfolgen wird, die "nur auf der Grundlage der russischen Industrie" entwickelt werden könnten. Als "langfristige Tendenz" wird ein zunehmendes Gleichgewicht zwischen "Weltzivilisationen" prognostiziert, womit einer "Neuen Weltordnung" unter Führung der USA eine Absage erteilt wird. Behauptet wird, "die Welt" - wobei darunter in diesem Zusammenhang die entwickelten Industrieländer gemeint sind - wolle keine starken Konkurrenten, wie dies Rußland, die Ukraine und andere Länder werden könnten, deshalb betrieben sie eine Politik der "Isolierung und Schwächung Rußlands". Rußland seinerseits sei gegen das Erstarken "neuer regionaler Führungsmächte" (als Beispiele werden genannt: Deutschland, Türkei, Iran, China, Japan), sei vielmehr grundsätzlich an guten Beziehungen zu den USA interessiert. Diesem Bemühen stehe leider die Strategie der USA entgegen, weltweit ihre Interessen - mit militärischen und finanzpolitischen Instrumenten - durchsetzen zu wollen.

- b) Daraus resultiert für die Verfasser der "Konzeption" die Forderung nach einer Umorientierung der Außenpolitik Rußlands nach Osten. Habe es in den vergangenen zwei Jahrhunderten eine prioritäre Orientierung auf Deutschland gegeben, so sollten nun Ostasien, vor allem China, und der pazifische Raum in den Vordergrund treten. Dies werde auch dadurch erleichtert, daß Japan und China in ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auf einem richtigeren Weg als andere Industriestaaten seien. Freilich dürften diese Länder auch nicht zu stark werden und die Gefahr einer "demographischen Aggression" gegen Rußland dürfe nicht aus dem Auge verloren werden.

- c) Die "Konzeption" verhehlt nicht, daß der Schutz der Russen "und anderer Brüder" in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ein zentraler Punkt einer künftigen kommunistisch geführten Regierung Rußlands sein wird. Sowohl die "Weltmeinung", als auch internationale Kontrollen und Rechtsschutzorganisationen seien völlig ungeeignet, ein zutreffendes Bild der Lage zu geben oder Schutzmaßnahmen durchzuführen. Sie hätten zweifellos ein Recht auf Selbstbestimmung, das sie sich auch bewaffnet sichern dürften - und Rußland müsse sie dabei unterstützen. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß es in den nächsten Jahren 12 regionale Kriege auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion geben könne. Dabei wird postuliert, daß grundsätzlich alle Konflikte auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion Rußland unmittelbar tangieren würden. Um solchen gefährlichen Trends entgegenzuwirken, werden die strategische und wirtschaftliche Integration der Nachfolgestaaten sowie ihre Föderalisierung vorgeschlagen. Um größeren Abwanderungen von Russen und Russophonen aus ihren bisherigen Lebensräumen zu begegnen, wird ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen. So sollte das "Prinzip der nationalen Einheit" verkündet werden, das die Bürger Rußlands und den oben skizzierten Personenkreis umfassen sollte - sie sollten "faktisch und rechtlich ... in allen bürgerlichen Rechten" Staatsbürgern Rußlands gleichgestellt werden (doppelte Staatsangehörigkeit, Zweisprachigkeit, soziale Garantien). Auf alle Versuche der Unterdrückung oder Beeinträchtigung der russischen Minderheiten müsse "sofort und unverändert hart" reagiert werden. In diesem Zusammenhang fehlt nicht die Forderung, daß die übrige Welt - und vor allem die USA - das "prioritäre Recht Rußlands auf Einfluß im nahen Ausland" anerkennen müßten.
- d) Die "Konzeption" schließt sich verbreiteten Vorstellungen von der sich ständig zuspitzenden "globalen Krise" an, der nur durch Übergang zur Strategie der "nachhaltigen Entwicklung" begegnet werden könne. Im Kontext der weltweit erforderlichen "geistigen Revolution" komme Rußland eine besondere Bedeutung bei - seine Wiederentstehung als Großmacht sei nicht nur für die Völker Rußlands, sondern für die gesamte Menschheit wichtig. Im Unterschied zum Westen sei es für Rußland "unannehmbar", "auf Kosten anderer Länder und der räuberischen Vergeudung globaler Ressourcen" zu leben. Wenn gleichzeitig behauptet wird, daß derjenige einen dritten Weltkrieg riskiere, der Rußland nicht als Supermacht wolle, so könnte künftig eine überaus bedenkliche Vermischung von Strategien globaler Entwicklungspolitik und regionaler Sicherheitspolitik zu erwarten sein.

Die Grundthesen von einem anzustrebenden "Gleichgewicht zwischen den Weltzivilisationen" und einer global erforderlichen Umorientierung auf eine Konzeption der "nachhaltigen Entwicklung" könnten auf die Langzeitplanung der Verfasser der "Konzeption" hinweisen. Die 1995 von I. Hauchler aufgestellten "Thesen zur Steuerbarkeit globaler Entwicklung" beispielsweise lassen zahlreiche Berührungspunkte in der Argumentation erkennen.³ Insofern ist nicht auszuschließen, daß es demnächst zu verstärkten Propagandaaktivitäten von russischer Seite kommen könnte, die dann mit einflußreichen Verbündeten sowohl in der dritten Welt als auch im "kapitalistischen Westen" rechnen dürfte.

Bernd Knabe

³ Globale Trends 1996. Stiftung Entwicklung und Frieden, Hg. I. Hauchler, Frankfurt/Main 1995 (die fünf Thesen Hauchlers auf S. 10-32).